

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

138 (16.6.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerippte Millimeterzeile füllt 12 Dienntage, Gegenüber-
setzung 20 Dienntage, bei Werberhebung Rabatt nach Tarif, bei Nichterhebung des
Zahlungsbillets, bei gleichzeitiger Werbung und bei Anzeigen nach Tarif mit 10% Ermäßigung
und Geschäftsstellen in Karlsruhe 1. D. o. Südt. bei Anzeigen-Entnahme 8 Uhr vorzeitig

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark, ohne Zustellung
1,90 Mark o. Durch die Post 2,26 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Er-
scheinung 6 mal wöchentlich vorzeitig 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe 1. D., Waldstraße 28 o. Jernutt 7020/7021 o. Volkstfreund-Zentrale
Durlach, Hauptstr. 6. D.-Baden, Jagdhausstr. 12. Ref. Nr. 2. Offenburg, Republikstr. 7

Nummer 138

Karlsruhe, Donnerstag, den 16. Juni 1932

52. Jahrgang

Freundliche Worte — reaktionäre Taten

System Papen-Hitler

Die Gewerkschaften protestieren energisch gegen den sozialreaktionären Kurs des neuen Systems

Berlin, 15. Juni (Eig. Draht). Der neue Reichsarbeitsminister
Gagler hatte die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Rich-
tungen zu einer Besprechung am 15. Juni eingeladen. Außer dem
Minister wohnten Staatssekretär Grieser, sowie die Ministerial-
direktoren Sittler und Weigert der Sitzung bei. Der Reichsarbeits-
minister betonte einleitend sein Bedürfnis zur Isolation und dau-
ernden Fühlungsnahme mit den Gewerkschaften. Er könne heute noch
kein in die Einzelheiten gehendes Programm vorlegen, möchte jedoch
die Wünsche der Gewerkschaften entgegennehmen. Er stellte sich
zunächst auf den Boden des geltenden Arbeitsrechts, das die
Anerkennung der Gewerkschaften und deren gleichberechtigte Mit-
wirkung in sich schließt. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen
sollten erhalten bleiben, doch müsse das erste die Lohnregelung
mehr als bisher den beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmern
überlassen. Die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter
solle nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Ar-
beiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Gren-
zen der allgemeinen Wirtschaftslage eng gezogen. Er halte einen
hochmaligen Lohnabbau nicht für tragbar, es müsse bei Meinungs-
verschiedenheiten geprüft werden, ob durch weitere Bescheidung
der Lohn- und Gehaltsempfänger die Vermehrung der Arbeits-
losigkeit verhindert werden könne. Die Vertiefung der Arbeitslosigkeit
solle durch paritätische Kommissionen besitzlich behandelt werden.
Die Arbeitslosenunterstützung müsse zu stellen, sei die Kürzung
der Sätze notwendig. Der Grundgedanke der Versicherung soll erhalten
werden. (Widerstand). Der freiwillige Arbeitsdienst für die Zu-
weckung soll ausgebaut werden. Zur Sanierung der Anwaltschaft
soll die Kürzung der Reiten notwendig geworden. An
der Deutung des Selbstbrotts in der Anwaltschaft habe sich das Reich
seiner finanziellen Schwierigkeiten bewusst. Der Minister be-
traute dann die Kürzung in der Angestellten- und Unfallver-
sicherung und die gesamte Haltung aller Versicherungssträger, wie
in der Notverordnung vorgelesen ist. Die Gerichte über eine
Veränderung des Reichsarbeitsministeriums seien unberührt.

Geisler (ADGB) führte aus, daß die Sozialpolitik im Augen-
blick notwendiger denn je sei. Die Erklärung des Reichsstaatsminis-
ters, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein dürfe, werde als eine
Verungeltung der Arbeiter und Angestellten empfunden. Das
Reichsversicherungsprinzip sei durch die Notverordnung aufs schwerste
geschädigt worden. Diese Notverordnung habe mit sozialer Gerech-
tigkeit nicht mehr das Geringste zu tun. Geisler fragte, ob etwa
den Anbetungen weiteren Lohnabbaues die gekürzten Löhne
der Arbeiter noch weiter gekürzt werden sollen. Die Einrichtung pa-
ritätischer Kommissionen zur Herbeiführung der Vierstundentage
solle kaum ernst genommen werden. Nur die generelle gesetzliche
Kürzung der 40-Stundentage kann die Möglichkeit von Reuein-
stellungen eröffnen. Der Ernst der Lage werde auch von den Ge-
werkschaften durchgesehen. Die in der Notverordnung enthal-
tenen Maßnahmen müßten jedoch die Lage noch weiter verschlech-
tern. Die freien Gewerkschaften lehnten jede Verantwortung für
die Folgen ab, die sich aus dieser Notverordnung ergeben müßten.

Geisler (Christl. Gewerkschaften): Die Notverordnung sei eine
verheerende Benachteiligung der Arbeitnehmer. Er verweise konkrete
Beispiele des ADGB für die Lohnpolitik. Die ausnahmsweise Anwen-
dung der Verbindlichkeitsklärung solle bekräftigen, daß die neue
Regelung nur dann einreisen werde, wenn es im Interesse der
Arbeitnehmer liege.

Kühnauer (AFABund) erklärte, daß die Anerkennung der Gewerk-
schaften nicht darin bestehen könne, sie nach dem Erlaß jöcher uner-
warteter Notverordnungen nachträglich zu hören. Der soziale Abbau
in der Notverordnung habe alle Grenzen des Erträglichen über-
schritten und wäre ein einziger Angriff auf die Kaufkraft der Ar-
beiter und Angestellten. Bei der dauernden Abwertung der Ar-
beitslosenunterstützung seien die jetzigen hohen Beiträge nicht
mehr zu halten. Wir werden den kollektiven Willen der Mitglie-
der zeigen, um diese neue Notverordnung zu befechtigen. Der
Lohn- und Lohnabbau müsse zur weiteren Verschärfung der Krise
führen. Zur Erhaltung der Sozialpolitik gibt es nur einen Aus-
weg: nämlich, daß der Staat Einfluß und Führung und Verfü-
gungsgewalt über die Wirtschaft gewinnt.

Geisler (Gewerkschaftsring) weist darauf hin, daß die Mittei-
lungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums auf
keine Weise amtschließend zurückzuführen sind. Es sei besonders
bedauerlich, daß die Arbeitsbeschaffung, für die die Regierung Ver-
antwortung trägt, eine Vorlage vorbereitet hätte, in der neuen Notver-
ordnung völlig vernachlässigt werde. Die Regierung sollte beachten,
daß die Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen aller Richtungen
auf die Beurteilung des neuen Kurses und der Ablehnung der Not-
verordnung vollständig einmütig seien.

Geisler (ADGB): Die Einschränkung des staatlichen Schlicht-
ungswesens und der dadurch zu erwartende Lohnabbau liegen fer-
nwegs im Gemeinwohl, sondern bedeuten Stärkung der Unter-
nehmervirtschaft. Der Staat muß, ob er will oder nicht, in die Wirt-
schaft einmischen, zur Lenkung des Kreditstromes nach volkswirt-
schaftlichen Gesichtspunkten, zur Kontrolle der Kartelle und zur
entsprechenden Gestaltung der Produktion übergeben. Es kommt alles
auf an, durch Arbeitsbeschaffung die 6 Millionen Erwerbslose

wieder einzufischen. In dem durch die Notverordnung heraufbe-
schworenen Kampf werden die Gewerkschaften dabei sein.

Geisler (Christliche Gewerkschaften): Das Wort von der Wohl-
fahrtsanstalt hat geradezu aufreizend gewirkt, und es sei bedenk-
lich, daß sich die Regierungserklärung gegen den Kollektivismus
wendet. Die Übertragung der Siedlungsfrage vom Reichsarbeits-

ministerium auf das Ernährungsministerium sei die Siedlungs-
feindliche Tendenz.

Geisler (Gewerkschaftsring): Die Einschränkung der Verbind-
lichkeitsklärung wird vor allem die Angestellten hart treffen.

Geisler (Christliche Gewerkschaften): Die Reichsregie-
rung nehme den Angestellten und Arbeitern in dieser Notverord-
nung ihre wohlverdienten Versicherungsleistungen, treibe sie also
geradezu in die Arme der öffentlichen Wohlfahrt, um gleichzeitig
in der Regierungserklärung von der Wohlfahrtsanstalt zu sprechen.

Der Minister verwies gegenüber der geübten Kritik auf die un-
günstige Wirtschaftslage. Die Notverordnung sei daraus zu er-
klären, daß keine anderen finanziellen Möglichkeiten zur Sanierung
gegeben wären. Das Wort von der Wohlfahrtsanstalt müsse so auf-
gefaßt werden, daß die Regierung den Willen zur Selbstverantwortung
weden wolle. Der Reichsarbeitsminister wiederholt nochmals,
daß sich an dem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften nichts
ändern werde. Ohne die sozialen Einrichtungen Deutschlands und
ohne die Gewerkschaften wäre auch die wirtschaftliche Entwicklung
des Aufstiegs in den zurückliegenden Jahren nicht denkbar gewesen.

Reich und Länder

Politische Notverordnungen

Die Baronsregierung bezahlt die Nazis für die Tolerierung
Aufhebung des SA-Verbotes

Der Reichspräsident hat am Mittwoch die sogenannte politische
Notverordnung, die die Aufhebung des SA-Verbotes enthält, un-
terzeichnet. Es läßt sich voraussehen, daß es über diese Notverord-
nung noch zu ersten Konflikten mit den Ländern kommen wird,
die, wie Bayern, am Uniformverbot festhalten.

Die Notverordnung soll am Freitag, den 17. Juni in Kraft tre-
ten. Von diesem Zeitpunkt an wird also die Wehrmacht des
Herrn Hitler, die SA und SS ihre neuen Uniformen (sog. Wehr-
uniformen) führen. Zwischen diesen neuen Uniformen und den Wehrmacht-
uniformen besteht ein enger Zusammenhang. Die Auf-
hebung des SA-Verbotes ist der Preis, den die Nationalsozialisten
für die Tolerierung des Kabinetts der Barone gezahlt wird. Der
Anblick jedes uniformierten Hitlermannes wird bei jedem, der von
der Notverordnung betroffen ist, die Erinnerung daran erwecken,
daß diese Leute verantwortlich sind für die Hungersnotverordnung.
Wenn die Wehrmacht des Herrn Hitler sich in ihren neuen
Notverordnungsjacken auf den Straßen (preisen), dann können wir
sagen: Wenn die SA marschieren, muß das Volk bezahen!

Die Vossische Zeitung berichtet über den Inhalt der politischen
Notverordnung, die sowohl die Aufhebung des SA- und Uniform-
verbots als die Neuordnung der Pressevorschriften, des Versammlungs-
rechts und Demonstrationsrechts umfaßt. Die Vertreter der
Länder hätten sich in der Besprechung die Stellungnahme ihrer Re-
gierungen vorbehalten.

Die neue Verteilung der politischen Aufsichtsbefugnisse sei sehr
stark vor allem bei dem wichtigsten politischen Punkt der Ver-
ordnung: In der Frage der politischen Verbände. Die Verordnung
des Reichspräsidenten, die dem direkten SA-Verbot seiner Zeit
folgte, habe generell militärische Verbände verboten. Von Dr-

ganisationen dieser Art sei in der neuen Verordnung nicht die Rede.
Sie spreche von Verbänden, die in geschlossener Ordnung auf-
treten und verpflichtete solche Verbände, ihre Satzung auf Verlangen
dem Innenminister mitzuteilen und sich Anordnungen des Innen-
ministers zu fügen. Der Reichsinnenminister erhält auch die Er-
mächtigung, einzugreifen, sobald sich Unzulänglichkeiten heraus-
stellen.

Von besonderer Bedeutung ist, dem Blatt zufolge, daß er auf Ver-
schwerden hin in einzelnen Teilen des Reiches einreisen und Son-
derregelungen treffen kann. Darin liegt indirekt die Bestimmung,
daß nicht die Landesregierungen direkt bei dem Auftreten von
Schwierigkeiten einreisen, sondern, daß sie sich beschwerdeführend
an den Reichsinnenminister wenden müßten, der dann entscheide,
und Anordnungen treffen. Von besonderer politischer Bedeutung sei
es weiterhin, daß von der für die Verbände aller Parteien gelten-
den Regelung die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen werden.
Die Strafbestimmungen seien im übrigen wie bei allen anderen
Punkten, die die Notverordnung regelt, erheblich verschärft worden.
Gewisse Änderungen des bestehenden Rechts ergeben sich aus der
neuen Fassung der Pressevorschriften, Flugblätter und Plakate sol-
len, solange sich nicht Unzulänglichkeiten herausstellen, die zu so-
chem Einreisen nötigen, von Zensurvorschriften befreit sein. Bei-
sungen und Zeitungen können künftig aber nicht nur bei Gefähr-
dung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung „le-
benswichtiger Staatsinteressen“ verboten werden. Da unter dem
Begriff „lebenswichtiger Staatsinteressen“ alle Gebiete der staat-
lichen Betätigung gehören, d. h. die Militärfragen so gut wie die
wirtschaftlichen, finanziellen oder Währungsfragen, sind die Gren-
zen dieser Vorschrift beliebig behäbar.

Enttäuschter Länderminister

Der Vorsitzende des thüringischen Staatsminis-
teriums, Staatsminister Baum, der auch Fraktionsvorsitzender
des thüringischen Landtages und der Landvolkpartei ist, berichtete
heute im Haushaltsausschuß des thüringischen Landtages über die
Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder mit
der Reichsregierung in Bayern-Schleier. Minister Baum er-
klärte, daß er nach Berlin gefahren sei in der Erwartung, daß die
neue Reichsregierung nun auch, wie immer versprochen worden sei,
tatsächlich etwas Neues bringen werde, d. h. nach anderen Grund-
sätzen ihre Politik betreiben werde, wie früher. Statt dessen habe
sie aber wieder den Weg der Notverordnungen beschritten, obwohl
es vorher immer geheißen habe, daß mit dem bisherigen System
der Notverordnungen und der Steuererhöhungen Schluß gemacht
werden müsse. Es scheine so, als ob verschiedene Parteien, die sich
früher sehr scharf gegen das System der Notverordnungen und der
Steuererhöhungen ausgesprochen haben, ihren Widerspruch aufhe-
ben und sich nunmehr mit dem früheren System einverstanden
erklärt hätten. Die Reaktionen, die Staatsminister Baum gegen
das jetzige System der Regierung Bayern-Schleier und gegen ver-
schiedene Parteien machte, die gegen das frühere System mit aller
Schärfe angeknüpft haben, und jetzt mit diesem System einverig-
den scheinen, wurde mit allgemeiner Beiläufigkeit im Ausschuß auf-
genommen.

Der Staatsminister verwies dann noch auf die Härte, die die
neuen Steuern mit sich bringen; besonders die

Beseitigung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer würde die
kleinen Handwerker, Geschäftsleute und kleinen Landwirte
schwer befallen.

Bezüglich Kürzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen
habe er in Berlin mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß
solche Kürzungen vor kurzem in Thüringen zu Unständen geführt
haben und daß solche Maßnahmen für Thüringen zu den schlimm-
sten Befürchtungen Anlaß geben. Dabei habe er besonders auf die

schwierige Lage hingewiesen, in der sich infolge der großen Erwerbs-
losigkeit die thüringischen Kreise und Gemeinden befinden. Die
neue Notverordnung der Reichsregierung bringe für Thüringen
nicht die erforderliche Hilfe.

Fenster Scheibenpolitik gegen Bayerns Ministerpräsident

So arbeiten die Stützen der Reichsregierung

München, 15. Juni. (Eigenbericht.) In der Nacht zum Mitt-
woch zog eine Gruppe Hitlerjungen vor die Wohnung
des Ministerpräsidenten Dr. Feld, um durch Aneinanderstoßen
gegen die Nichtübernahme der Straßer-Rede durch den Bayerischen
Landtag zu protestieren. Die Polizei gesteuerte die Demonstration,
denen es aber nach einigen Stunden wieder abgelaufen, sich dem
Gebäude soweit zu nähern, daß sie mit Steinen die Fenster der
Wohnung des Ministerpräsidenten einwerfen konnten. Die Täter
entkamen und konnten bisher noch nicht verhaftet werden.

Angehörige einer Partei, die im Reichsregierungspartei
ist und die von der Reichsregierung in liebevollster
Weise gefördert wird, werfen dem Chef einer Landes-
regierung, die sich mit der Reichsregierung in Streit be-
findet, die Fenster ein! Wer kann da noch zweifeln, daß die
Reichsregierung solche Treue belohnen und das SA-Verbot
und das Uniformverbot sofort aufheben muß! Die Leute, die
der bayerischen Regierung die Fenster einwerfen wollen, sol-
ten das künftig in Uniform tun!

Aus Nazi-Anhalt

Im anhaltischen Landtag teilte Ministerpräsident Frenberg mit,
daß das Staatsministerium beschlossen habe, der gesamten sozial-
demokratischen Presse Anhalts wegen ihrer feindseligen Haltung
gegenüber der Reichs- und Staatsregierung den Amtsblattcharakter
zu entziehen. Auf Grund eines Antrages der NSDAP ist durch
eine entsprechende Verordnung der Regierung die Wohnungs-
zwangswirtschaft in Anhalt so gut wie beseitigt worden.

Kommunisten und Schicksalsstunde

Die überreichliche Sozialdemokratie verfolgt in leidenschaftlicher Spannung den schicksalsschweren Kampf, den die deutsche Arbeiterklasse jetzt zu führen hat. Die Genossen im Auslande wissen sehr wohl, was ungeheure Folgen der Ausgang dieses Kampfes, dessen erste und vielleicht entscheidende Schlacht am 31. Juli geschlagen wird, für das gesamte europäische Proletariat haben wird.

Es ist daher nur zu verständlich, daß die unheilvolle Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung in allen ausländischen Bruderparteien aufs tiefste beklagt wird. Die Wiener Arbeiterzeitung befaßt sich gegenwärtig demgegenüber in jeder ihrer Ausgaben mit der Situation in Deutschland. In einem Artikel „Die Kommunisten und die deutsche Krise“ („In der Schicksalsstunde der Freiheit und des Sozialismus“) erörtert die Arbeiterzeitung die für die Arbeiterklasse so verderbliche Rolle, die die deutsche kommunistische Partei spielt. Wir zitieren aus dem Artikel auszugsweise das folgende:

„Der strategische Vorteil der Konterrevolution über die Demokratie beruht auf ihrer Geschlossenheit; alle Gegensätze zwischen Hitler und Eugenberg, zwischen Bolschewiken und Monarchisten sind von der

Einheit des festen Willens überbrückt, die deutsche Republik zu erwürgen, die deutsche Demokratie zu vernichten, die deutsche Arbeiterklasse niederzuwerfen, den deutschen Sozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Weil die Reaktion einig und geschlossen einer gespaltenen Arbeiterklasse gegenübersteht, darum wird ihre Stoßkraft so verhängnisvoll. Denn auf die Arbeiterklasse kommt es an! Sie ist im Lager der Republikaner die überwältigende Mehrheit, sie besitzt die weitaus stärkste Kampfkraft, ist von leidenschaftlichem Willen erfüllt, sich mit Einsatz von Blut und Leben der Konterrevolution zu widersetzen.

Die Schicksalsfrage geradezu also ist, die organisierte Form zu finden, die die Kampfkraft der Arbeiter sammelt und sie voll und geschlossen gegen den einen unmittelbaren Feind, die feudale Konterrevolution, einsetzt. Die Arbeiterklasse kann und wird den Kampf gegen die Reaktion bestehen, wenn sie die Einheit der Kampffront herstellt, wenn sich die beiden großen proletarischen Parteien, die Sozialdemokratie und die kommunistische Partei, zum proletarischen Kampfbündnis verständigen. Die Verständigung zwischen den beiden proletarischen Parteien kann heute leider noch nicht die Verschmelzung bedeuten; noch ist die Zeit zu diesem höchsten, von jedem Sozialisten leidenschaftlich ersehnten Ziel nicht reif. Aber was im Augenblick bei erstem Willen möglich ist, das ist ein ehrliches Treue- und Kampfbündnis...

Leider aber denken die Kommunisten an die wahre und wirkliche proletarische Einheitsfront nicht. Der Artikel der Moskauer Prawda, den eine Meldung vorläufig als eine Wendung zur Verständigung ankündigt, ist eine bittere Enttäuschung.

Was die Prawda will, ist nichts anderes als die Fortführung des alten abgeleiteten Einheitsfrontmanövers, das sich in Wahrheit kein anderes Ziel stellt, als einige sozialdemokratische Arbeiter für die kommunistische Partei zu gewinnen.

Kann sollte aber doch die Erfahrung des letzten Jahres die Kommunisten endlich belehren, daß die Millionenmassen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese Manöver aseptisch sind. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen die proletarische Einheitsfront; aber sie wollen sie als Sozialdemokraten, nicht als Kommunisten, mit ihrer und nicht gegen ihre Partei, im Gefolge ihrer sozialdemokratischen Organisation, unter Führung ihrer selbstgewählten Vertrauensmänner, aber nicht um den Preis der Zerrückung ihrer Partei, zu der sie ebenso treu stehen wie die Kommunisten zur kommunistischen Partei.

Die Sozialdemokraten verstehen unter der proletarischen Einheitsfront ein ehrliches Kampfbündnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei; die Kommunisten aber ein listiges Manöver, von dem sie erwarten, daß es die sozialdemokratische Partei zerstören und die sozialdemokratischen mit kommunistischen Arbeitern in der kommunistischen Partei einigen soll. Dieses läppische Manöver ist natürlich immer gescheitert, so oft es unternommen wurde. Die kommunistische Erwartung, die Sozialdemokratie zu vernichten, um sie dann zu beerben, hat jämmerlich gescheitert. Die Sozialdemokratie ist geblieben, was sie war, eine Millionenpartei, die weitaus stärkste Arbeiterpartei Deutschlands, die sich im Sturm der Reaktion ungleich widerstandsfähiger erwiesen hat als die kommunistische Partei.

Dennoch ist dieses Manöver, so unwirksam es sich erwiesen hat, ein wahres Verbrechen an der Sache des Proletariats.

In diesem weltgeschichtlichen Augenblick geht es um Tod und Leben. Die Arbeiterklasse Deutschlands steht vor dem folgenschwersten Entscheidungskampf ihrer Geschichte.

Welches Verbrechen nun, jaßt in der Stunde, da die Panzerwagen der Reaktion in geschlossener Front gegen die Arbeiterklasse vorstoßen, die mächtigste Kampforganisation der Arbeiter, die Sozialdemokratie, desorganisieren zu wollen!

Aber das kommunistische Einheitsfrontmanöver sieht kein anderes Ziel: die Sozialdemokratie zu schwächen, den Bruderkampf immer aufs neue anzufachen! ... mit um so härterer Energie den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie — das ist die kommunistische Parole zum Regierungsantritt der Nazis! Für die Kommunisten sind noch immer die Sozialdemokraten, nicht die Faschisten, der „Hauptfeind“. Es handelt sich jetzt um die Zukunft des Proletariats; die Reaktion holt aus zu einem Schloß, der die Organisationen der Arbeiter vernichten, den Boden ihrer Entwicklung zerstören, der Arbeiterklasse schlechthin das Minimum an Freiheit rauben soll, um auf den Trümmern der Republik die Hohenzollern-Monarchie wieder aufzurichten. Die Kommunisten aber sprechen von der Vergangenheit. Während die feudale Konterrevolution zu einem Offenstoss gegen die Republik einleitet, distanzieren die Kommunisten über die Schuldfrage. Als ob es in dieser Stunde darauf ankäme! ...

Geldgeber über Hitler

Die Deutsche Bergwerkszeitung, das führende schwerindustrielle Organ, richtet einen Appell an Hitler, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Blatt schreibt:

„Höchstes Lob jedoch gebührt dem Kapitator, der seine Gaben, aber auch das, was ihm verläßt ist, richtig einzuschätzen weiß, und neidlos den Staatsmann gewähren läßt, nachdem er ihm die Waffe geschmiedet hat und zum Gebrauch bereit hält.“

Man kann dies mit anderen Worten auch so ausdrücken: Die schwerindustriellen Unternehmer erwarten, daß ihr in der Hitlerbewegung investiertes Kapital sich auch rentiert.

Skeptischer Genfer Auftakt

Heute Eröffnungssitzung

Macdonald Konferenzpräsident

Kaunanne, 15. Juni. (Eig. Draht.) Den Auftakt der Lausanner Reparationskonferenz bildete eine Besprechung der Vertreter der sechs eingeladenen Mächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan über die Prozedur der feierlichen Eröffnungssitzung am Donnerstag vormittag.

Das lakonische Kommuniqué, das unmittelbar danach der Presse verlesen wurde, teilt nur mit, daß Wotta (Schweiz) die Begrüßungsrede und der Präsident der Konferenz eine Einleitungsrede halten werden. Wie man darüber hinaus erfährt, hat Macdonald auf Vorschlag Herriots angenommen, sich am Donnerstag zum Präsidenten der Konferenz wählen zu lassen.

Er wird in seiner Ansprache die Probleme umreißen, was mit der Militärfluchtfrage geschehen werde. Die Kommission beschloß, diese Frage völlig auszuheben zu lassen und zunächst den Meinusaustausch über die beste Methode zur Umsiedlung der Zivilflucht fortzusetzen. Nach Ernennung des Norwegers Lange zum Berichterstatter vertagte man sich auf Freitag.

Deutsche Regierung warnt vor Optimismus

Die scharfen Worte der „nationalen“ Bramarbasen fehlen Kaunanne, 15. Juni (Eig. Draht). Der Reichsanwalt v. Papen, Außenminister v. Neurath und Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk lezten kurz nach Abschluß der ersten Besprechung zwischen den einladenden Mächten der deutschen Presse die Richtlinien der deutschen Haltung in Lausanne dar. Sie kamen alle drei nicht über ganz allgemeine Sätze hinaus, wobei am interessantesten die Bemerkung des Reichsanwalts war, die jetzige Regierung werde die nationalen Notwendigkeiten mit der gleichen Festigkeit vertreten wie ihre Vorgänger. Demnach scheint von der härteren nationalen Haltung der jetzigen Regierung gegenüber dem Kabinett Brüning nach außen hin schon keine Rede mehr zu sein.

Der Reichsanwalt erklärte, es müsse nicht nur ein Strich unter

die Reparationen gezogen werden, sondern man müsse auch verständigwillig die allgemeine Lage mit den anderen Staatsmännern besprechen. Deutschland werde darauf dringen, eine umfassende Lösung für die Probleme der Reparationen und der Wirtschaft zu finden. Man müsse einen Ausweg schaffen. Am Freitag wird die erste Arbeitssitzung der Konferenz sein, in der gleich der Reichsanwalt den deutschen Standpunkt darlegen wird. Ueber viele Probleme gäbe es in Deutschland Meinungsverschiedenheiten, aber wenn auch die Deutschen durch innerpolitische Dinge und Nuancen sich unterschieden, über die Fragen, die in Lausanne zur Debatte stünden, gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten.

Reichsaussenminister Neurath versicherte, daß das Kabinett den nationalen Interessen gerecht werde mit seiner Haltung in Lausanne. Von Paris her sei in den letzten Tagen eine optimistische Auffassung geäußert worden, als wäre es leicht, hier in Lausanne Einigungen zu treffen. Er teile diesen Optimismus nicht und es sei ein großer Fehler, wenn man erzwarte, daß schon in einigen Tagen hier ein greifbares Ergebnis erzielt werden könne. Von der Erkenntnis, daß die Reparationen nicht mehr gezahlt werden könnten bis zur offiziellen Feststellung dieser Erkenntnis sei eben ein harter Weg.

Finanzminister v. Krosigk knüpfte an seine gestern in Berlin der deutschen Presse gegebene Darstellung der finanziellen Lage an. Die Notverordnung solle nicht etwa Eindruck hier in Lausanne und auf die fremden Staatsmänner machen, aber sie gäbe die beste Illustration zu der Notwendigkeit, daß für Deutschland etwas getan werden müsse. Es seien hier doch zwei große Probleme, das der Reparationen und das der Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden. Alle Konferenzen seien bisher zu spät gekommen, um eine wirksame Erleichterung bringen zu können. Ob jetzt noch allezeit eine Regelung der Reparationsfrage genügen werde, sei sehr zweifelhaft. Deshalb müsse Deutschland bei den Wirtschaftsforderungen sämtliche bestehenden Probleme aufwerfen und zu einer Lösung zu bringen versuchen. Ohne endgültige Regelung der Reparationen sei an eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu denken! Bei ohne Lösung der Wirtschaftfrage sei gar keine allgemeine Erholung der Welt möglich. Er teile die Besorgnis des deutschen Außenministers und habe keine optimistischen Erwartungen.

Schamlose Nazilüge

Der Berliner nationalsozialistische Angriff verbreitet in seiner Nummer 124 vom 15. Juni 1932 eine schamlose Lüge gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Genossen Otto Weis. Der Angriff schreibt:

„Es steht uns in diesem Zusammenhang ferner beispielsweise eine Aeußerung des Vorsitzenden der SPD, Genossen Weis, vor, die dieser am vergangenen Samstag in vertrautem Kreise machte. Hierbei rühmt sich Weis einem Professor B. und einem Direktor M. gegenüber ganz unmissverständlich, daß die SPD die Absicht habe, nach Aufhebung des SA-Verbots schwere Schlägereien und Ueberfälle zu provozieren. In deren Verlauf werde die preussische Polizei eine Reihe SA-Führer festsetzen und mit der politischen Unterdrückung des lüderlichen Zentrums den Versuch machen, die Dinge so weit zu treiben, daß für die Reichstagswahlen verhindert bzw. hinausgeschoben werden könnten.“

Wir sind ermächtigt, auf das fälschliche zu erklären, daß diese Mitteilung des Angriff von A bis Z aus den Fingern gesogen ist. Sie ist nicht nur falsch, sondern auch dumm. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht den mindesten Anlaß, die Gelegen-

heit zur Verrechnung mit dem Kabinett der Barone und den hinter ihm stehenden Nationalsozialisten in der Reichstagswahl zu scheuen. Die Sozialdemokratie hat nicht das mindeste Interesse daran, durch eine Sinausgleichung der Reichstagswahlen dieses fidele Reaktionärs Kabinett von Hitlers Gnaden die Möglichkeit zu längerem Leben und zur diktatorischen Machtausübung zu verschaffen. Vor allem aber: die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, die Gelegenheit zur Verrechnung mit den Nationalsozialisten in der Reichstagswahl sich entgehen zu lassen, nachdem die Sungernotverordnung dem Volke gezeigt hat, in welches Elend es mit Hilfe der Nationalsozialisten geführt werden sollte. Den nationalsozialistischen Schmeichlern und Volksbetrügnern wird die Maske vom Gesicht gerissen werden!

Die dreiste Lüge des Angriffs erweckt mehr den Verdacht, daß die Nationalsozialisten angesichts des katastrophalen Einbruchs der von ihnen zu verantwortenden Notverordnung daselbst planen, was sie der Sozialdemokratie unterstellen, und daß sie sich dafür durch Lügen ein Alibi zu verschaffen suchen!

Die Nazi in Preußen kneifen

BRN Berlin, 15. Juni. Der preussische Landtag hat am Mittwoch gleich drei Sitzungen abgehalten. In den Rängen der Nationalsozialisten waren einige Abgeordnete bereits in der neuen SA-Uniform erschienen. Nach Erledigung kleiner Vorlagen stand der kommunistische Antrag zur namentlichen Abstimmung, der die Einstellung von Zahlungen aus dem Youngplan, der Damesanleihe, die Aufhebung der Reichsnotverordnungen fordert. Schon in der letzten Plenarsitzung war das Haus bei diesem Antrag beschlußunfähig gemacht worden. Diesmal geben die Nationalsozialisten Enthaltungskarten ab, mit Ja stimmen die Kommunisten. Alle übrigen Fraktionen beteiligten sich nicht. Da die abstimmenden Fraktionen nicht vollständig beisammen waren, war das Parlament beschlußunfähig. In der auf sofort einberufenen neuen Sitzung wurde der kommunistische Antrag auf Befreiung der Hohenzollern-Abfindungsverträge und Landesverweilung der Hohenzollern gegen die Antragsteller abgelehnt, während der Antrag der gleichen Partei auf Verbot des Einsetzens der Polizei bei Streik mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten sowie einigen Sozialdemokraten angenommen wurde. Gleichfalls Annahme mit den Stimmen der Antragsteller und Nationalsozialisten fand der kommunistische Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde zu vollziehen. Als ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung von Papen zur Abstimmung stand, beteiligten sich die Nationalsozialisten nicht an der Kartenabgabe, womit das Haus abermals beschlußunfähig war. Auch das Zentrum hatte sich nicht beteiligt, während neben den Antragstellern noch die Sozialdemokraten mit Ja, die Deutschnationalen mit Nein gestimmt hatten. Abermals mußte eine neue Sitzung einberufen werden, in der ein nationalsozialistischer Antrag angenommen wurde, wonach wegen der Zwischenfälle bei dem Aufsicht der Stageramwache in Berlin der Berliner Polizeipräsident Grelinski seines Amtes enthoben und höhere Polizeioffiziere bestrafte werden sollen. Bei der Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag, die preussischen Staatsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, die von den Sozialdemokraten und der Staatspartei gestellt wurden, gab es eine politische Uebererraschung. Wenn auch die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Wirksamkeit dieses Antrages im gegenwärtigen Landtag nicht zu erlangen ist, so glaubte man doch an eine einfache Mehrheit. Zu allgemeiner Uebererraschung wurde jedoch der Antrag abgelehnt, weil mit den jetzigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei, auch die Kommunisten gegen den Antrag stimmten. Die Nationalsozialisten riefen darauf im Chor: „Wer rettet das System? — Die SPD!“

Strahnumzug aufzuheben, weil die Reichsregierung das Verbot der nationalsozialistischen SA und SS, jetzt außer Wirkung setzen will. Es wird vielmehr ausdrücklich erklärt, daß es weiterhin in Kraft bleibe, und daß ihm auch durch keine Neuordnung der Reichsregierung die Rechtsgrundlagen entzogen werden könne, da es nicht auf einer der Länderregierungen erst durch das Reich übertragenen Machtbefugnisse beruhe, sondern auf Grund des Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung, mittels aus eigener Kraft der Reichsregierung der Länderregierungen erteilt wurde, und daher nur mit landesrechtlichen Mitteln angefochten werden könne.

Folgen der Aufhebung des SA-Verbots

Stuttgart, 15. Juni. (Eig. Meldung.) Nationalsozialistische Plakatträger, die in Stuttgart Versammlungsplakate herumtragen, kamen dabei am Mittwoch vormittag auch vor das Reichsgericht, wo es natürlich sofort Streit gab. Bei den Zusammenstößen wurden die Plakatträger von Kommunisten verprügelt. Die Streitenden mußten durch das Ueberfallkommando getrennt werden. Dabei wurde auch ein Salatenzler verletzt, der bei der Aufhebung des Uniformverbots vorgeschritten war und in seiner SA-Uniform, bestehend aus brauner Hose, Koppel und Motorabstreifen, dort prominent herummarschierte. Er wurde verhaftet und sofort dem Schnellrichter vorgeführt, der ihn zu 40 - Geldstrafe verurteilte.

Defizit in aller Welt

Amsterdam, 15. Juni (Eig. Ber.) Ein 170-Millionen-Gulden-Defizit im niederländischen Staatshaushalt 1932 ist von dem durch die Regierung eingeleiteten Staatsanleihen errechnet worden. Das Defizit im ordentlichen Haushalt beträgt, wie der Rieuwe Rotterdamse Courant mitteilen in der Lage ist, etwa 102 Millionen Gulden. Dazu kommen 35 Millionen Gulden für Arbeitslosenunterstützung und weitere 35 Millionen Gulden Zuschüsse zu den Gemeindehaushalten. Der Ausgleich will 108 Millionen Gulden durch Ersparnisse decken, davon einen Teil durch weitere Besatzung aller Beamtegehälter um 15 Prozent, 9 Millionen sollen von dem Haushalt des Verteidigungsministeriums gestrichen werden, 5 Millionen bei den Ausgaben für Dienstfreien. Es wurde festgestellt, daß allein die Post- und Telegraphenverwaltung jährlich 1 Million Gulden für Dienstfreien verausgabt, an deren Stelle künftig telephonische Erledigung treten soll. Es wird vorgeschlagen, den Staatsrat künftig nur aus 8 anstatt aus 15 Personen bestehen zu lassen und einen Teil des Personal dieser Behörde zu entlassen. Schließlich des Haushaltes der Königin, die schon aus eigenem Entschluß in den letzten Jahren auf mehr als 10 Prozent ihrer Einnahmen versieht, hat man von weiteren Kürzungen Abstand genommen.

Einbruch in der Villa Dormmüllers

BRN Berlin, 15. Juni. In der vergangenen Nacht ist bei dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dormmüller, in seiner Villa in Zehlendorf ein schwerer Einbruch verübt worden. Der Wert der aus Teppichen und Tafeldecken bestehenden Beute beträgt etwa 100 Tausend Mark. Die Täter sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Keine Aufhebung des württembergischen Demonstrationsverbots

Stuttgart, 15. Juni. (Eig. Meld.) Die württembergische Regierung beschließt nicht, wie von amtlicher Seite ausdrücklich bekündigt wird, das von ihr am 29. September 1931 legals erlassene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und

Freistaat Baden

Protest des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

D.3. Karlsruhe, 15. Juni. Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerehrerbefreiten wird uns mitgeteilt:

Entgegen den Absichten des früheren Reichsministers Dr. Brüning und den laut Zeitungsberichten vermutlichen Wünschen des Reichspräsidenten von Hindenburg hat die neue Reichsregierung weitere Kürzungen der Kriegsoffizienten vorgenommen. Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schaefer hat die Absicht, den Vorsitzenden der großen Reichsorganisationen der Kriegsoffiziere die Gründe für die neuen einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung im Verordnungswege (Kriegsoffizierentlohnung) persönlich vorzutragen.

Nunmehr wird der Empfang der Kriegsoffiziervertreter erst am 17. Juni 1932, also nach dem Erlaß der 5. Notverordnung, im Reichsarbeitsministerium stattfinden. Die neuen Entlohnungsmaßnahmen haben schon große Erbitterung und Empörung unter den Kriegsoffizieren hervorgerufen, und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird deshalb seine Mitglieder erneut zum Kampfe gegen die Verletzung der Verordnungsgebung aufrufen.

Wieder ein Fall Gumbel

Zu dieser Angelegenheit teilt die Pressestelle beim Staatsministerium mit:

„In verschiedenen Heidelberger Zeitungen wurde die Nachricht verbreitet, Privatdozent Dr. Gumbel an der Universität Heidelberg habe in einem Disziplinarsachen des Sozialistischen Studentenbundes in Heidelberg am 27. Mai 1932 u. a. folgendes ausgesprochen: „Das Kriegerdemokrat des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbelleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einsige große Kohlrübe.“ Der Minister des Kultus und Unterrichts hat hierauf sofort dem für ein Untersuchungsverfahren zuständigen Senat der Universität Heidelberg Mitteilung gemacht und die Einleitung des Verfahrens gegen Professor Dr. Gumbel auf Grund der Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 13. Januar 1921 über die Entziehung der Lehrberechtigung der an den Landesuniversitäten habilitierten nichtarbeitsfähigen Dozenten.“

Abweichend von obiger Darstellung wird von Heidelberg aus bekanntlich auch eine andere als jene von rechtschender Seite verbreitete Darstellung des Falles gegeben, wie aus der gestrigen in unserem Blatte veröffentlichten Zeitschrift aus Heidelberg und aus einer Darstellung der Heidelberger Volkszeitung hervorgeht. Die Unterzuchung wird ja bald ein wirkliches Bild geben.

Die Mannheimer Volksstimme erklärt zu dieser neuen Heke gegen Professor Gumbel:

„In einem geschlossenen Ausspruch der sozialistischen Studentenschaft in Heidelberg am 27. Mai haben sich als „Gefühlsregende“ Nationalsozialisten eingeschrieben, um einen Vortrag des Genossen Prof. Gumbel mit anzuhören. Sie machten sich dann ein „Zitat“ als Schlagzeile für den „Heidelberger Studenten“ aus, um die endlich eingeschlossene Heke gegen einen sozialistischen Dozenten auf Neue zu beleben, eine alte abgetrappte Methode. Etwas Neues fällt diesen Herren nicht ein. Daß die Wiederabe gefällig und sinnlos ist, entspricht dem Niveau der akademischen Nazis.“

Genosse Gumbel hat natürlich nicht gesagt, daß „ein Kriegerdemokrat eine Kohlrübe ist“, er hat auch nicht gesagt, daß „das Kriegerdemokrat für ihn nicht eine leichtbelleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine große Kohlrübe ist.“

Das, was Genosse Gumbel gesagt hat und was aus dieser Stimmerei immerhin erkennbar ist, weiß jeder, der das Stahlbad mitgemacht hat, sofort. Der Sunner, der Kammer, das Elend des deutschen Volkes in den Jahren des Weltkrieges sei gut mit einer Kohlrübe zu symbolisieren. Die Herren Hemdenmäße aus den Kriegsjahren sollen es nur weiter versuchen, ein neues Idealbild vom fröhlichen Krieg herzustellen. Wir Sozialisten werden den kleinen Blutrünstlingen, die die deutschen Universitäten unsicher machen, entgegenzutreten, wenn sie Blut und Tränen, das Unbehagen an die Gefallenen, zu neuer Kriegsbegehrung misbrauchen möchten.“

Süddeutscher Rundfunk für Weberparteilichkeit

Warum die Rede Straßers nicht auf den Süddeutschen Rundfunk übertragen wurde

Stuttgart, 15. Juni. (Eig. Draht). Vom Weberwahrungsausschuß der Süddeutschen Rundfunk A.G. wird auf Grund der Kritik, die an ihm geübt wurde, weil er die Übertragung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer auf den Südbund abgelehnt hat, folgendes mitgeteilt:

„Der Weberwahrungsausschuß hat sich bei seiner Entscheidung an die für das Nachrichten- und Vortragswesen des Rundfunks geltenden, von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien gehalten. Nach diesen Richtlinien dient der Rundfunk keiner Partei. Sein Nachrichten- und Vortragsdienst ist streng überparteilich zu gestalten. Der Weberwahrungsausschuß hat bei allen früheren Entscheidungen jeden Versuch abgelehnt, den Süddeutschen Rundfunk in den Dienst irgend einer Partei zu stellen. Er hat noch in keinem Falle eine Ausnahme gemacht und mußte deshalb auch im Falle Straßer an seiner Stellungnahme festhalten. Dabei spielten irgendwelche parteipolitische Erwägungen nicht die geringste Rolle.“

Die Zulassung von Reden der Vertreter des Reichs und der Länder ist nicht Sache des Weberwahrungsausschusses, sondern der Regierungen selbst.“

Man wird diesen Standpunkt nur billigen können. Noch ist Herr Straßer kein „Vertreter des Reichs und der Länder“. Und auch wenn er das wäre, könnte eine Rede von ihm nur auf besondere Anordnung der zuständigen Regierung hin übertragen werden.

Badischer Landtag

Den Bericht über die gestrige Sitzung des Landtags bringen wir in der Freitagausgabe.

Straßers Kundfunkhonorar gepfändet

1932. Berlin, 15. Juni. Das Büro des Rechtsanwalts Otto Landsberg hat dem Abend zufolge der Deutschen Werke G.m.b.H. ein Zahlungsverbot gegen Gregor Straßer auferlegt lassen, um das Honorar, das Gregor Straßer aus seiner Kundfunkrede zuzuführen, die Ansprüche pfänden zu lassen, die Ministerpräsident Otto Braun aus einer Straßersche gegen Gregor Straßer auf Erstattung von Kosten hat.

Matuschka vor Gericht

Der Eisenbahnattentäter vor den Wiener Schwurgerichtsschranken

Wien, 15. Juni. (Eig. Ber.) Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht in Wien der Prozeß gegen den Mann, dessen grauenvolle und heute noch unverständliche Verbrechen Europa mit lähmendem Entsetzen erfüllt haben — der Prozeß gegen **Silvester Matuschka**. Ist Matuschka ein Narr oder ein abgefeimter Schurke, der nur den Narren mimt? Heute noch, da der Prozeß schon beginnt, da die psychiatischen Gutachten und die Protokolle der Verhöre mit Matuschka zu einem fast unübersehbaren Berg von Akten angewachsen sind, ist dieses Geheimnis ungelüftet.

Der für heute vormittag 9 Uhr anberaumte Prozeß begann mit einiger Verzögerung unter allen Ansehigen der Senation. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen hatten sich vor dem Hauptort des Landgerichts **Hundert von Personen** eingefunden, von denen aber nur ein kleiner Teil mit Karten eingelassen werden konnte. Als Matuschka begleitet von zwei Fußsoldaten, den Saal betritt, geht eine lebhaft bewegte durch die Zuhörer.

Auf dem Gerichtstisch liegen Schienenstücke, Schraubschlüssel und andere corpora delicti. Matuschka macht einen sehr intelligenten Eindruck. Nach Erledigung der Formalitäten beginnt die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift.

Weißgardist Matuschka?

Silvester Matuschka, der grauenvolle „Star“ des sensationellen Wiener Prozeßes, zu dem die Reichsjustiz aller großer Blätter der Welt nach Wien gekommen ist, ist am 24. Januar 1892 im heutigen Jugoslawien in dem Orte Dantavet als Sohn eines Gemischtwarenhandlers geboren. Er besuchte das Gymnasium und dann die Lehrerbildungsanstalt, wurde Lehrer und machte als Oberlehrer den Weltkrieg mit. Nach dem Umsturz kam er mit seiner Frau aus Budapest nach Wien — er hatte inwieweit aus irrendem dunklen Quelle ein namhaftes Vermögen erworben —, erwarb hier mehrere Häuser und betrieb ein Realitätengeschäft und einen Zwielfelhandel. Matuschka steht übrigens im dringenden Verdacht, in der Zeit der Kontrorevolution in Ungarn als Bandenführer in einem jener weißgardistischen „Ordnungsbestrebungen“ tätig gewesen zu sein, die durch ihre grausamen und blutigen Sozialistenmordtaten weltberühmt geworden sind.

Der Anschlag auf den Wien-Basler-Expres

Am 30. Januar dieses Jahres entlegte bei Ansbach in Niederösterreich der Expres Wien-Basler. Nur durch einen glücklichen Zufall waren keine Menschenleben zu beklagen. Die Untersuchung ergab, daß ein Verbrecher die Entgleisung herbeigeführt hatte, indem er eine schwere Eisenraute an die Schienen festschraubte. Alles Suchen der Polizei blieb vergeblich; man konnte nicht feststellen, wo der Verbrecher die Raute und das Werkzeug, mit dem die Tat verübt worden war, gekauft hatte —, von dem Verbrecher selbst aber fehlte jede Spur.

Das Blutbad von Jüterbog

Ein halbes Jahr später — der rätselhafte Anschlag von Ansbach war noch unveressen — durchdrang eine Schredensnachricht Europa: am 8. August um 10 Uhr abends entlegte bei Jüterbog der Schnellzug Babel-Berlin. Eine furchtbare Explosion hatte den Unglückszug aus den Schienen gehoben und der Länge nach hingeworfen, 109 Menschen blieben verstorben und der Unglücksfälle. In der Nähe der Stelle, an der die Explosion erfolgt war, fand man einen Draht, Zündschnüre und ein Stück der nationalsozialistischen Zeitung Der Angriff, über und über bemalt mit Hakenkreuzen und beschriftet mit Worten wie: „Attentat, Revolution, Sieg“. Mit fieberhafter Hast arbeitete die Polizei ganz Europas an der Aufklärung dieser neuen Schredensnachricht, deren Zusammenhang mit dem Anschlag von Ansbach von Anfang an vermutet wurde. Aber alle Mühe blieb vergeblich; auch das Attentat von Jüterbog blieb in unentwirrbares Dunkel gehüllt.

Die Schredensnacht von Bia Torbagn

Da, kaum fünf Wochen nach dem Verbrechen von Jüterbog, jagte der Telegramm eine neue Schredensnachricht durch die Welt, welche die von Ansbach und Jüterbog völlig in den Schatten stellte: am 13. September, knapp vor Mitternacht, wurde bei der ungarischen Bahnstation Bia Torbagn der Schnellzug Budapest-Wien in die Luft gesprengt. Von dem ganzen Zug blieb im vollsten Sinne des Wortes nichts übrig als ein Trümmerhaufen, der 22 zur Unkenntlichkeit verformte Leichen und eine Anzahl Verletzte dedit. Die Explosion war in dem Augenblick erfolgt, da der Zug über eine Brücke rasie, die Lokomotive und die ersten sechs Wagen wurden durch die Wucht der Explosion tief hinunter ins Tal geschleudert. — Und wieder fand man in der Nähe des Unglücksortes Drähte und Zündschnüre und mit wirren Hakenkreuzen beschriftete Zettel. Kein Zweifel konnte bestehen: das Ungeheuer von Bia Torbagn und der Verbrecher von Jüterbog und Ansbach waren ein und dieselbe Person.

Ein Wärter wird eingekreist

Unter den Leichtverletzten, die sich nach dem Attentat von Bia Torbagn meldeten, war ein vierstähriger Mann — Silvester

Matuschka. Er gab bereitwillig eine ausführliche Schilderung des Zuganfalls, dem er angeblich zum Opfer gefallen war, und wies mit auffälliger Wichtigkeit immer wieder auf seine übrigens sehr unbedeutenden Verletzungen im Gesicht hin. Diese „Verletzungen“ waren der ungarischen Polizei schon von Anfang an ziemlich verdächtig erschienen, da es stark den Anschein hatte, als habe sie sich Matuschka selbst zugefügt. Aber da man einzuweisen weitere Indizien gegen ihn nicht finden konnte, ließ man Matuschka nach einem kurzen Polizeiverhör in Budapest frei und gestattete ihm die Rückkehr nach Oesterreich. Während der „Verlesung“ von Bia Torbagn sich in Oesterreich bereits sicher und geborgen glaubte, sammelte die Polizei in Berlin, Budapest und Wien heimlich, aber mit fieberhafter Anstrengung neues Material gegen ihn und am 7. Oktober war der Ring der Indizien um Matuschka so fest geschlossen, daß die Wiener Polizei zur Verhaftung schreiten konnte.

Matuschka gesteht...

Matuschka spielte den gekränkten Ehrenmann und mimte Verzweiflung und Empörung über das „Unrecht“, das ihm angetan wurde. Aber als sich zehn Tage später der Kraftwagenführer meldete, der den Attentäter von Ansbach in die Nähe der Attentatsstelle gefahren hatte und Matuschka einbeutete als seinen Fahrgast von damals wiedererkannte, als einen Tag später die Frau des Sprengmeister eruiert wurde, bei dem Matuschka das Ersatz für die Verbrechen Jüterbog und Bia Torbagn gekauft hatte, und als schließlich Matuschkas eigene Gattin das Zeugnis ihres Mannes liasen strafe, da brach der Verhaftete zusammen und legte ein umfassendes, wenn auch vollkommen verzerrenes Geständnis ab. Er gab zu, sowohl den Anschlag von Ansbach, als auch die grauigen Verbrechen von Jüterbog und Bia Torbagn verübt zu haben.

Spielt der Verbrecher Komödie?

Der Schuldige an den fürchterlichen Eisenbahnanschlägen des Jahres 1931 war gestellt. Das wahre Geheimnis aber — das Motiv dieser Schredensnächte — blieb ungelöst und konnte bis zum heutigen Tage nicht gelüftet werden. Matuschka sprach, so oft man ihn über das Motiv seiner Verbrechen befragte, nur unzusammenhängende, ausweichende Worte und meinte häufig, er habe „die Menschheit erlösen“ wollen, er sei „geendet“ worden, um ein neuer Führer der Menschheit zu werden“ und habe die Absicht gehabt, durch seine Verbrechen die Aufmerksamkeit der Menschheit auf seine „Sendung“ zu lenken. Das psychiatische Gutachten und die Zeugenaussagen werden zeigen, ob Matuschka, der auch im Untersuchungsgefängnis konsequente Religionswahnvorstellungen mimte, wirklich ein Irrsinniger ist, oder ob er bloß eine raffiniert erkonnene Komödie spielt, um der Strafe für seine Verbrechen zu entgehen.

Wäre Erklärungen des Angeklagten

Wien, 15. Juni. Bei der Vernehmung des Angeklagten Matuschka, der bei Vernehmung nach seinem Beruf sich „als Eisenbahnattentäter“ bezeichnete, schilderte Matuschka in ungarisch-deutschem Dialekt seine Erlebnisse im Kriege an der italienischen und russischen Front. Noch heute hört er Ausrufe: „Soriken!“ (Das war das Kommando zum Feuern). Er war im Kriege Kommandant einer Sturmabteilung. Dort liegt der Fehler, ruft der Angeklagte weinend, daß ich in einen solchen Zustand gekommen bin, daß man mir Simulation vorwirft.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erwähnte Matuschka die Stiftung einer Krippe für die Kirche seines Geburtsortes, und wie die Bevölkerung bei deren Einsegnung sehr erariffen gewesen sei. Bei dieser Erinnerung kniet Matuschka vor dem Gericht nieder. Hierauf erzählt er eine lange Geschichte von dem „Geiste Leo“, der ihm aufgetragen habe, eine Sekte zu gründen, welche Attentate auf Eisenbahnen verüben sollte, um dadurch alle Eisenbahndirektionen der Welt zu erschrecken und sie zu zwingen, überall Elektrizität einzuführen, wodurch der Arbeitslosigkeit abgeholfen werde.

Wenn er aus dem Kerker herauskomme, werde er 70 Jahre alt sein, da er mit 30 Jahren Kerker rechne. Dann werde er Attentate auf Zeitungen verüben, um den Atheismus zu bekämpfen. Nach seinem Kreuzverhör durch den Staatsanwalt erzählte Matuschka zum Schluß seines Verhörs wieder von seinen Erfindungen.

Zum Jüterbogener Attentat erklärte er, daß er an der Attentatsstelle eine Nummer des Angriff mit Randbemerkungen niedergelegt habe, weil er der nationalsozialistischen Partei am nächsten stehe, sich ihr aber nicht anschließen wolle, weil er nicht judenfeindlich sei.

Als das Unglück geschehen war, sind Sie davon gelaufen. Matuschka: Ja, ich ging 50 Kilometer nach Berlin zu Fuß. Tags darauf kehrte ich nach Wien zurück.

Verletzung von Danziger Hoheitsrecht

WTB. meldet aus Danzig: In offenkundiger Verletzung der Bestimmungen, die für das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen gelten, ist gleichzeitig mit den englischen Torpedobooten das polnische Kriegsschiff „Wicher“ in den Danziger Hafen eingelaufen, ohne sich vorher beim Danziger Senat angemeldet zu haben. Ferner hat der Kommandant der „Wicher“ bei dem englischen Flottenkommandeur innerhalb der Danziger Hoheitsgewässer einen Besuch abgeleistet.

WTB. Warschau, 15. Juni. Der Generalkommissar erklärt, daß das polnische Torpedoboot den Danziger Hafen angefahren hat, um entsprechend dem bisherigen Brauch die englische Flotille zu begrüßen. Der polnische Generalkommissar erinnerte gleichzeitig daran, daß die polnische Regierung die von der Danziger Regierung einseitig erlassenen Hafenordnungen nicht anerkennt und diese nicht als die bindenden Rechtsnormen betrachtet.

Kriegsschiff „Wicher“ angewiesen, Danzig zu verlassen

WTB. Danzig, 15. Juni. Der Senat hat nach dem vorher nicht angemeldeten Einlaufen des polnischen Kriegsschiffes „Wicher“ sofort die nötigen Schritte unternommen und bei den polnischen Be-

hörden interweniert. Der Senat ist benachrichtigt worden, daß das Schiff Anweisung bekommen hat, unverzüglich den Hafen von Danzig zu verlassen. Im übrigen hat sich der Senat vorbehalten, den Streitfall entsprechend dem § 39 der Pariser Konvention zu behandeln.

Hochverräter erhalten Pension

Nach rund vierjähriger Dauer wurde der Pensionsprozeß des ehemaligen Führers der Marinebrigade, Kapitän Ehrhardt, gegen den Reichsfiskus endgültig zugunsten Ehrhardts entschieden. Es handelte sich für Ehrhardt darum, dem Reich das Recht abzustreiten, etwaige Schadenersatzansprüche aus dem Kampfwitz gegen ihn geltend zu machen und gegen seine Pension aufzurechnen.

Revolvergeschüsse im belgischen Parlament

Brüssel, 15. Juni. (Eig. Draht.) Als der sozialistische Abgeordnete und Führer der Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten, **Utrouwer**, heute nachmittag seinen Sitz in der Kammer einnehmen wollte, feuerte ein Mann von der öffentlichen Tribüne einen Revolvergeschuß auf ihn ab. Ein Westerntopf Utrouwers sprang, er aber blieb unverletzt. Der Täter wurde sofort festgenommen. Es handelt sich um einen etwa fünfjährigen Erwerbslosen, der früher Paternensammler im Dienst der Stadt Brüssel war, aber beim Waffenstillstand wegen häßlicher ostindischer Kravatte während der Kriegszeit entlassen wurde. Die einzigen Beziehungen, die Utrouwer zu dem Attentäter gehabt hat, bestanden in den heftigen Bemühungen des sozialistischen Abgeordneten, die Wiederanstellung des Entlassenen in den städtischen Dienst zu erwirken. Offenbar haben lange Leiden den Geisteszustand des Angreifers aus dem Gleichgewicht gebracht.

Correspondent: Georg Schellin Verantwortlich: Volpert, Krethaus Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Gesundheit, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Viehe Nachrichten: E. Gräberbaum; Groß-Ratibude, Gemeindefürsorge, Kurtag, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Reichsruhr Umgebung, Sozialistisches Jugendrot, Schwimmbad, Baden, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef V. V. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe.



Mühlen Franck

macht jeden Kaffee billiger! Probieren Sie es aus, damit Sie sich davon überzeugen, daß selbst der schwächste Kaffee durch die gute Kaffeewürze Mühlen Franck herzhafte und wohlgeschmeckend wird.

Aus aller Welt

Kommerzienrat Mag. v. Guilleaume erschossen aufgefunden
 Weimar, 15. Juni. Der 66 Jahre alte Gebeime Kommerzienrat Mag. v. Guilleaume, Mitinhaber der Kabelwerke Felten u. Guilleaume Carlswert A.G., Köln-Mühlheim, wurde heute auf seinem Sommerhaus bei Remagen erschossen aufgefunden. Allem Anschein nach war Herr von Guilleaume mit seiner Raubbüchse beschäftigt gewesen. Er hatte kurz vorher mit seinem Förster eine Fahrt zum Anstand auf der Jagd verabredet.

Bombenattentat auf den Bürgermeister von Andrix
 Weimar, 15. Juni. Die Gendarmerie in Andrix verhaftete heute den Studienrath der Medizin Hochschule, den Sohn des am 23. April durch ein Bombenattentat in Andrix getöteten Bürgermeisters Josef Hofstraßer. Die Gendarmerie hatte festgestellt, daß der Verhaftete vor dem Anstand von den Arbeitern eines Steinbruchs Sprengstoff und Sprengapparate erhalten hat. Wie der Arbeiterwille dazu berichtet, besteuere der Verdacht, daß der Sohn den Anstand auf den Vater vererbe, weil dieser nicht duldet, daß er Mitglied der Heimwehr sei.

Dunkle Motive
 Stuttgart, 15. Juni. (S.P.) Vor dem Schnellöffengericht Stuttgart hatte sich der 29jährige ledige Maurer Johannes Fraß aus Westpreußen zu verantworten, der in der Nacht zum Sonntag dabei ergriffen worden war, als er im Warenhaus Schöden in Stuttgart bereits 5 große Spiegelscheiben mit mitgebrachten Waffenteilen zertrümmert hatte und dieses Zerstörungswerk fortzusetzen im Begriffe stand. Die Verhandlung hat die Motive, aus denen Fraß gehandelt hat, nicht aufzuklären vermocht. Er war, wie er sagte, im Jörn über seine anderthalbjährige Arbeitslosigkeit und wollte, wenn auch nicht für sich, so doch wenigstens für andere dadurch Arbeit schaffen. Diese sehr konstruierte Begründung hat ihm natürlich niemand geglaubt. Es scheint aber auch nicht, aus dem sonst sehr schweigmütigen Mann irgend etwas über seine politischen Ansichten oder seine Zugehörigkeit zu einer Organisation zu erfahren. Man geht jedoch kaum fehl in der Annahme, daß er bei dem Entschluß zu seiner Tat unter dem Einfluß der geschäftlichen Situation der Salentkrenzer gegen die „hübischen“ Wartenhäuser gestanden hat. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er sofort antreten mußte.

Minderheitenprobleme im Oberhaus
 London, 15. Juni. Im Oberhaus wurde heute durch Lord Buckton das Minderheitenproblem zur Sprache gebracht. Er bezeichnete die Lage der deutschen Bevölkerung im polnischen Korridor als drückend, was zur Folge gehabt habe, daß bereits eine Million Deutscher den Korridor verlassen hätten. Die Gefahr des Minderheitenproblems gehe auch aus dem Fall Danzig, dem Pulvermagazin Europas, hervor. Auch Jugoslawien misachte offensichtlich die Vertragsverpflichtungen.

Gewerkschaftliches

Vom Gesamtverband
 Im Saale des Verbandsbauhauses am Michaelskirchplatz trat am 11. und 12. Juni der Beirat des Gesamtverbandes zu seiner 4. Tagung zusammen. Ueber die „Wirtschaftskrise und Gesamtverband“ sprach Kollege Reihner. Einstimmig nahm der Beirat eine Entschließung an, in der es heißt:

Die Notlage der deutschen Arbeiterklasse ist eine ernste. Die Wirtschaftskrise hat die Bedeutung einer offenen Kriegserklärung an die sozialistisch denkende und gewerkschaftlich organisierte deutsche Arbeiterklasse. Dieser Anklage eines brutalen Klassenkampfes, der von oben her gegen die Arbeiterklasse geführt werden soll, muß die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterbewegung im republikanischen Lager entgegengetreten werden. Unsere Einheitsfront ist die „Eiserne Front“! Wer für die nationalsozialistischen Betriebszellen oder die R.G.D. agitiert, führt und fördert die Reaktion. Wir rufen die Mitglieder des Gesamtverbandes auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl, deren Ausgang das zukünftige Schicksal nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern gleichermaßen auch das Schicksal des ganzen deutschen Volkes und Europas auf Jahre hinaus entscheidend beeinflussen wird, mit allen Kräften für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei einzutreten; denn der Sieg der Sozialdemokratie ist gleichbedeutend mit der Niederlage der Rassen-Regierung und ihres Verbündeten und Steigbüchelhalters, des Hitler-Faschismus.

In besonderen fordert der Gesamtverband die Funktionäre und Mitglieder im Lande auf, nun erst recht für die Stärkung und weitere Ausbreitung des Gesamtverbandes zu wirken. Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach Paul Schulz. Im Jahre 1932 ist es trotz aller Widerstände und Widerwartigkeiten gelungen, für 354.000 Mitglieder einen Lohnabbau von 10 Pf. pro Stunde abzuwehren. Eingehend behandelte Schulz die lohnpolitische Situation. Die trostlose Lage auf dem Arbeitsmarkt veranlaßte die Arbeitgeber zu härtestem Lohnruck und Kampf gegen die Verbindlichkeitsklärung der Tarifverträge. Beibehaltung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung sei Kampf für die Sicherung und den Ausbau des Tarifrechts.

Ueber den Stand der Organisation berichtigten Becker und Polenske, Dittmer über Preisfragen. Die Berichterstatter weisen auf die starken Sparmaßnahmen hin, die in den Jahren 1931 und 1932 beschlossen und durchgeführt wurden, und zwar auf allen Gebieten der Verwaltung. Der Vorstand hofft, mit diesen Maßnahmen über die schwierigen Zeiten hinwegzukommen. Eingehend wird über die Ursachen des Rücktritts leitender Funktionäre berichtet. Die Vorstandsmitglieder Schumann, Nürnberg und Kuppert, bei denen der Verbandsvorstand die Überbreitung der Befugnisse festgestellt, haben daraufhin dem Verbandsvorstand ihren Rücktritt von der Führung der Geschäfte erklärt. Es sei ausdrücklich betont, daß ehrenrührige Vorwürfe gegen die von der Geschäftsführung zurückgetretenen Kollegen nicht erhoben werden. Nach sehr eingehender Aussprache beschloß der Beirat bis zum Verbandstag folgende Geschäftsverteilung:

Vorstand: Fritz Müntzer. Mit der weiteren Führung der Geschäfte als Vorsitzende werden beauftragt: Anton Reihner und Otto Becker. Hauptkassier August Reih, Verbandssekretär: Carl Polenske. Mit der Leitung der Reichsabteilung A (Gemeindebetriebe) wird anstelle von Polenske Josef Drossow mit der Leitung der Reichsabteilung C (Handel und Verkehr) anstelle von August Reih Otto Schreiber betraut. Alle Beschlüsse in den Personalfragen wurden einstimmig gefaßt.

Kollege Reih berichtet über die finanzielle Lage der Organisation. An Unterstützungen sind im Jahre 1931 über 12 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Abrechnung für das 1. Quartal 1932 zeigt

Sinrichtung des Buchauer Mädchenmörders
 Weimar, 15. Juni. Im Hofe des Landgerichtsgefängnisses wurde heute früh um 5 Uhr das Todesurteil an dem Mörder Paul Dabber vollzogen, der im vorigen Jahre die 8 Jahre alte Holde Dabrowka, die Tochter eines Landarbeiters in der Nähe von Bucha bei Jena, in einen Wald gelockt, vergewaltigt, beraubt und schließlich mit einem Strick erdrosselt hatte.

Verluderte Millionen von Devachin
 Im Ständeprosch gegen den Russpaffor Cremer und seine Mitangeklagten kam es am Dienstag zu einer Sensation. Der Angeklagte Claussen, gegen den eine Nachtragsanfrage wegen Untreue zum Nachteil des Zentralauschusses der Inneren Mission erhoben worden ist, — er soll in der Verwaltung der Auslandsanleihe 30.000 bis 40.000 Mark unterschlagen haben — machte durch aufklärerische Bekundungen über die heilsvolle Mißwirtschaft bei den Devachinern, Claussen gab zuerst eine Schilderung seiner Stellung in der Verwaltung der Auslandsanleihe. Der Angeklagte wurde im März 1923 angestellt und erhielt den Auftrag, die Anleihe zu verwalten und Ordnung in den Betrieb hineinzubringen. Claussen bekundete, daß sich die Bücher in größter Unordnung befunden hätten. Die Sillschasse hätte die Anleihegelder völlig falsch angelegt und in geradezu ungeheurer Weise, ungefähr 60 Prozent, vermischt.

Politische Abzeichen heraus!

Tragt überall aus Propagandagründen das Parteilabelchen oder das der „Eisernen Front“

Unlere Abzeichen

müssen stark in Erscheinung treten. Handelt danach: Parteigenossen, Gewerkschafter und Republikaner

ein weiteres Anwachsen der Aufwendungen für die Opfer der Wirtschaftskrise. Den gewaltigen Anforderungen an die Arbeiterunterstützung stehen Minderereinnahmen an Beiträgen durch Lohn- und Gehaltsführungen sowie durch Kurzarbeit gegenüber. Von den Mitgliedern des Gesamtverbandes sind z. B. 115.000 arbeitslos, 158.000 Kurzarbeiter und 42.000 Invalide und Pensionäre. Nur die Hälfte der Mitgliederzahl zahlt zur Zeit volle Beiträge.

Hauptausschussung des Landeskartells Baden im Deutschen Beamtenbund

Die Tagung war aus allen Teilen des Landes außerordentlich stark besucht. Nach Entgegennahme des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts für das Geschäftsjahr 1931 beschäftigte sich der Vertretertag mit der außerordentlich ernsten beamtenpolitischen Lage. Die badische Beamtenchaft hat volles Verständnis für die ungeheuren Volks- und Staatsnöten und ist willens, nach Möglichkeit und für ihren Teil zur Behebung oder zur Milderung dieser Notlage beizutragen. Sie muß es aber bestimmt ablehnen, sonderbesteuert zu werden. Gegen einseitige Belastung, wie z. B. die nur in Baden eingeführte Umwandlung der Gehaltszahlung, welche sich die badische Beamtenchaft aus übertriebener, in einer Entschließung wurde die sofortige Beilegung dieses „Kollisionsproblems“ gefordert. Die Stellung der deutschen Berufsbeamten zu Staat und Verwaltung wurde vom Vertretertag angefaßt der bedeutendsten politischen Lage überprüft und die Meinung der Beamtenchaft in nächstehender Entschließung festgelegt:

„Die im Landesrat Baden zusammengeschlossenen Beamten stehen auf dem Boden der geltenden republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches, sie sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“

Sie betonen sich erneut zum Deutschen Volksstaat und fühlen sich mit Staat und Volk engstens verbunden. Ihre Stellung im Staat und ihre enge Verbundenheit mit Staat und Volk geben den Beamten das Recht für ihren Teil die Befreiung der Verfassung von allen abweichenden und ausführenden Ordnungen zu fordern.“

Eine weitere Entschließung lehnt die vom Deutschen Industrie- und Handelsrat geforderte Überführung der Deutschen Reichswehr in eine Gesellschaft privaten Rechts ab. Eine von der Beamtenchaft der R.G.D. eingebrachte Entschließung, die sich mit der trübseligen Verkehrs- und Finanzlage der R.G.D. befaßt, fordert, daß die R.G.D. von den unerträglichen Tributlasten befreit und die R.G.D. wieder in die Kontrolle des Reiches zurückgeführt wird. Eine weitere Entschließung stellt fest, daß die Preissteigerungsmaßnahmen der Reichsregierung nicht den erwarteten Erfolg gehabt haben und fordert eine Senkung der Tarife der öffentlichen Damp- Gas, Elektrizität, Wasser, Schulgeld usw. — eine wesentliche Ermäßigung von Preis und Transportkosten, weitere Mietentzungen, insbesondere der Neubauschaltungen und eine Senkung der Mieten für die Lebensversicherungen sowie der Verpflichtungen aus Bauverträgen.“ Die anschließenden Beschlüsse ergaben die Wiederwahl der Kartellleitung. Diese liegt fast zusammen aus den Herren Herrmann, Direktor Führer, Postdirektor Wolkefer, Stadtoberkämmerer Kimmelfmann, Gerichtsoberverwalter Thum und Oberpostdirektor Kaß.

Der Schlichter für Baden hatte einen Schiedsspruch für die badische Textilindustrie gefaßt, der eine Lohnkürzung vorschlägt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern angenommen und keine Verbindlichkeit beantragt. Die Arbeitergewerkschaften hatten ihn abgelehnt und beantragt, demselben die Verbindlichkeit zu verweigern. Entsprechend dem Antrage der Gewerkschaften ist der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt worden.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen jahrlängiger Tötung 3 1/2 Monate Gefängnis
 Vörsach, 16. Juni. Das in Vörsach tagende erweiterte Schöffengericht Freiburg verurteilte den 19 Jahre alten Fritz Müller wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis und zu 3 Wochen Gefängnis wegen Verabens gegen das Waffengesetz. Müller hatte seinen gleichaltrigen Freund Karl Manil beim Schützen mit einer Schusswaffe erschossen.

Verurteilung der Urteilsverkündung im Mordprozess
 Offenburg, 15. Juni. Die Urteilsverkündung im Mordprozess, die auf heute nachmittags angelegt war, ist auf morgigen Nachmittag verschoben worden.

Der Nazibud und das „System“

Aus Niederhessen wird der Bessischen Zeitung geschrieben: Seine im Gerichtssaal eines kleinen niederrheinischen Landgerichts: Angeklagt ist ein 22jähriger Nationalsozialist, der vor der Hindenburgwahl einen Reichsbanneramerabden ins Gesicht geschlagen hatte, nur weil dieser Hindenburg-Flugblätter verteilen wollte. Zwischen Angeklagtem und Vorsitzendem entspinnt sich folgendes Gespräch:

Vorsitzender: „Wie kommen Sie denn eigentlich dazu, gleich auf den Reichsbannermann einzuschlagen? Er hat doch weiter nichts getan, als Flugblätter für den jenseigen Herrn Reichspräsidenten verteilt.“
 Angeklagter: „Nu ja — wenn man 13 Jahre lang geschäftet wird!“
 Vorsitzender: „Von wem denn? — Etwa von dem Flugblattverteiler?“
 Angeklagter: „Nein, vom System!“ (Gelächter im Zuschauerraum — loar der Verteidiger muß lächeln.)
 Vorsitzender: „Aber vor 13 Jahren waren sie ja erst 8 Jahre alt. Sind sie da auch schon „geschäftet“ worden?“
 Angeklagter: „Natürlich, ich mußte zeitig in der Wirtschaft mitarbeiten!“ (Er ist Landwirtssohn!)
 Vorsitzender: „Aber das mühten doch die jungen Leute in der Vorkriegszeit auch! Das hat doch nichts mit „System“ zu tun! Das ist doch keine Knechtschaft! Deswegen schlägt man doch nicht einen fremden Menschen ins Gesicht!“
 Der Angeklagte murmelt unverständliche Worte, reißt die Hals zusammen — und schreit halb zu den Zuhörern gemandt, ein lautes „Heil Hitler“ in den Gerichtssaal. Darauf erhält er eine kleine Ordnungsstrafe — er war außerdem noch in voller Kriegsbekleidung vor Gericht erschienen und quittiert einen erneuten Verweis mit dem bei vielen Nationalsozialisten schon stereotyp gewordenen Ausspruch: „Na, das wird ja bald anders werden!“ Der Vorsitzende — ich weiß zufällig, daß er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist — schüttelt resigniert den Kopf und fährt in der Verhandlung fort.

Aus der Stadt Durlach

Vom Kegelsport
 Anlässlich der „Reichsarbeiterportomode“ fand auf den Bundesbahnen der Festhalle ein Kegelsportturnier zwischen Arbeiterregiment „Scharies Ed“ Durlach und „III“ Karlsruhe statt. Der Vorsitzende des Sportkartells Durlach begrüßte die Karlsruheer Sportgenossen und übernahm im Auftrag des Kartells die Ehrenleitung des Kampfes. Dem Klub „Scharies Ed“ Durlach gelang es bei Beginn des Spieles die Führung zu übernehmen und reiflos bis zum Spielesende zu halten. Das Resultat ergab für Durlach bei Wertung der sechs Besten 346,1 Punkte, für Karlsruhe 315,4 Punkte. Somit blieb Durlach mit einem Plus von 30,7 Punkten Sieger. Mit dem Wunsch, daß dieses Spiel dazu beitragen möge, weitere Genossen der Arbeiterportombewegung zu gewinnen, schloß Gen. Stahlberger mit einem dreifachen „Heil Soles“ den in schönster Harmonie verlaufenen Sportabend.
 Die nächste Veranstaltung, Hand- und Fußballspiel, findet am Freitag, 17. Juni, 16 bis 8 Uhr in Aue auf dem Turnvereinsplatz statt. Es spielen Handball: Berabausen — Rintheim. Fußball: Aue — Grün Weiß Mühlburg. Plakate beachten!

Naturtheater. Am vorigen Sonntag erzielte der lustige Schwanz „Graf Karze“ einen vollen Erfolg! Das herrliche Wetter hatte einen sehr starken Besuch begünstigt. Und alle kamen auf ihre Rechnung! Direkt eine Wodtat ist es für Jeden sich in Gottes freier Natur mal recht herzlich auszulachen. Für Sonntag den 19. Juni ist das romantische Schauspiel mit Gesangs: „Der Trompeter von Sadingen“ angelegt. In der Titelrolle wird sich Hans Herbert Kienrich vorstellen. Für dieses Werk ist das Spielgelände am Lehenberg neu geschaffen. Es ist alles aufgegeben, um eine gute Aufführung zu gewährleisten. Die Kostümausstattung stellt die Fa. Jäger, Dampnower, eine der ersten in Deutschland, Spielleitung hat Alfred Lamb, die musikalische Leitung Kapellmeister Hollinger. Da bei dieser Aufführung, die ja gerade in Baden das größte Interesse erwecken dürfte, mit einem besonders starken Andrang zu rechnen ist, ersucht es sich rechtzeitig zu erscheinen. Anfangs präzis 4 Uhr.
 Roter Abend. Heute abend 8 Uhr Probe im Tannhäuser.

Vereinsanzeiger
 Beschlüsse der Vereine
 Beschlüsse der Vereine
 Beschlüsse der Vereine

Berliner Devisennotierungen (Mittelfuss).

	16. Juni	14. Juni
	Welt	Ortel
Amsterdam	100 fl.	170,48
Italien	100 L.	21,58
London	1 £.	15,41
Paris	100 fr.	16,55
Braun	100 fr.	12,465
Schwiz	100 fr.	82,07
Spanien	100 Ptas.	24,67
Stockholm	100 Kr.	78,92
Wien	100 Sch.	51,95

Kochen Sie MAGGI'S Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

16. Juni.

1497 Bestand Amerika entdeckt. — 1860 *Sozialist August Baurert. — 1919 Friedensultimatum der Entente. — 1921 Grubenunglück in Reinsdorf bei Zwickau. — 1930 Weltkonferenz in Berlin. — 1931 Österreich: Rücktritt Ender. Folgt Kabinett Burech.

Das gestörte Mittagsschlafchen

Eine wahre Geschichte.

Er ist keiner der Allerjüngsten mehr mit seinen reichlich sechs und einigen Lebensjahren. Aber seine Arbeitskraft und Schaffensfreude mögen noch manchen Jungen in den Schatten stellen. Doch so will es halt unsere geordnete Gesellschaftsordnung: Jahrzehntelange unermüdete Arbeit hat nicht so viel erübrigen können, um ein sorgenfreies, beschauliches Alter zu sichern. Oder liegt vielleicht gerade darin, daß er nie reich geworden ist, das Geheimnis seiner Bemühen wertvollen Tatkraft und unerhöflichen Schaffensfreude?

Aber ich möchte ja gar nicht in tausend Betrachtungen abschweifen. So nahe das liegt: Die Jungen stecken die Hände in die Hosentaschen oder legen am Wegrand — nein nicht aus Faulheit, sie sind durch verkehrte Wirtschaftsführung dazu gezwungen — während die Alten schufteln müssen.

Doch ich bin schon wieder dabei, zu entlassen. Ich werde mich jetzt bestimmt zusammen nehmen.

Also eine sehr bekannte Persönlichkeit unserer lieben Hauptstadt Karlsruhe muß dringender Erledigungen halber die gewohnte halbe Stunde Mittagsschlaf an die Wand drücken. Schneller als erwartet, ist er fertig. Er geht in seinen „Betrieb“. Da noch eine gute halbe Stunde Zeit ist bis die Arbeit beginnen kann, legt er sich auf das vorhinflutende Lederlofa, das Roe in der Küche gehabt haben mag. Weil es sich aber nicht recht paßt, wenn der Chef auf dem Rücken liegend betrachtet werden könnte, schiebt er den Riegel vor. Er will ja nicht schlafen, nur so ein wenig ruhen. Man kann so schön über alles mögliche nachdenken beim Liegen: Dies ist noch zu erledigen, und daß ja keines nicht vergessen wird. An alles muß man selber denken. Aber die Natur macht ihr Recht geltend; ein leiser Kampf gegen die Müdigkeit — und jetzt schlummert der Mensch Sorgen Sorgen sein.

Säße er nur den Riegel nicht vorgehoben!

Als es Zeit ist, kommen als erste Lötter und Mächte, um an die Arbeit zu gehen, doch die Tür geht ja nicht auf. Die muß von innen verriegelt sein. Da ist etwas nicht in Ordnung! Deutlich ist ein undeutliches Geräusch zu vernehmen. Da nur zwei Schlüssel vorhanden sind, der Chef aber fort ist, kann es nur ein Einbrecher sein, dessen verhaltenes Atem deutlich hörbar ist. Was sollen zwei junge Mädels machen, wenn hinter der Tür vielleicht ein Raubmörder mit blinder Art lauert? Sie machen es richtig. Mit fliegendem Atem gehts in die nahe Wohnung zurück, ans Telefon — Polizei. „Bitte, schicken Sie doch schnell einen Schutzmann!“ Haben die Mädels eine Ahnung von der ausgezeichneten Organisation unserer Polizei. Einbrecher am hellen Tage? Mitten in der Stadt? Notruf! Im Bruchteil einer Minute ist der Wagen besetzt und fährt schon um die Ecke am Bezirksamt. Drei Minuten nach dem Anruf ist das Haus umstellt. Da es eines der belebtesten Straßen der Stadt ist, fehlt es auch nicht an zahlreichem Publikum. Auf's äußerste gefasst erscheinen einige Beamte vor der Tür. Aufmerksam brüht es durch den verriegelten Einlaß. Richtig, schon regt sich vor der hohen Polizei steht maßlos erschaut — der Chef!

Das sehen auch die Schupoleute gleich, daß das kein Einbrecher sein kann, dieser Herr mit dem weißen Bart. Schnell erfolgt die Aufklärung. Lachend befreit der Notruf den Wagen und schon hört man wieder aus einer andern Straße die schrillen Sirenenzeichen des Ueberfallkommandos, das wahrscheinlich auch aus seiner Rube nach dem Mittagessen aufgeführt worden war. B.

Theaterabend bei der Notgemeinschaft

Der Arbeitsausschuß für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft erstreckt sich mit seinen Veranstaltungen im Studentenhaus ein Stamm treuer und begeisterter Anhänger. Der Leiter dieser Abende, Herr Kurt Amerbacher, sucht ja auch wirklich keine Mittel, den Menschen die bessere Muse näher zu bringen. Auch der letzte Abend war entzückend gelungen. Alle Mitspieler gaben ihr Bestes. Wenn mit dieser Arbeit die Freude am Theater spielen gemeint wird, so kann man sich denken, wie das Rollenpiel, unterstützt durch eine gute Sinfoniesuite, in der man nicht allzusehr von Ansprüchen herabgelassen, bereitet nicht nur den Spielern, sondern vor allem auch den Zuschauern ungetrübte Freude. Diesen Eindruck hatte man auch am Dienstagabend wieder. Ein voller Saal, trotz der Hitze — das feuert an. Inzwischen ist die Theatergruppe auch angewachsen. Offenbar haben die ersten Erfolge in verschiedenen der Ehre geadmet, da auch mittun zu können. So verliert die Gruppe heute über eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern, unter denen sich ganz beachtliche Kräfte finden. In dem ersten Stück „Das Geburtstagspäkel“ war vor allem der Badstubenvorstand überwältigend verkörpert durch Herrn Kabetis. Dadurch sollen die Leistungen der anderen Mitspieler nicht herabgesetzt werden. Aber was dieser Mitwirkende hat, war weit mehr als Rollenpiel. Die Darstellung, Mimik und Dialog waren großartig und wir hatten unsere helle Freude.

Im zweiten Stück des Abends war der Vorgang mehr auf burleske verlegt. Die falschen Einträge ins Hotelbuch, wo jeder mehr sein möchte als er ist, bringen zwei bedauernswerte Geister beinahe in eine mißliche Lage. Der Herr Baron und der „Herr Finanzrat“ spielten aber auch sauber. Die Mitspieler stellten sich mit dem Spiel zum erstenmal der Öffentlichkeit vor und sie haben sich gut eingeführt. Da gab es während der Szene wohlverdienten Beifall. Den Vogel schloß aber die temperamentvolle „Brau“ des „Herrn Baron“ ab, die mit ihrem Temperament das ganze Hotel in Aufregung brachte und ihrem „Schwulst“ ordentlich Respekt einjagte. Also eine vorzügliche Leistung! Beim Programm wirkten noch der Wandolinenspieler „Edelweiß“ unter der Leitung des Herrn Pauli mit und fiel besonders durch eine außerordentlich gut gezielte Fantasia aus „Troubadour“ auf. Der Singkreis, unter der Leitung des Herrn Musikdirektor Cassini machte nicht nur scheinmächtig, sondern auch künstlerisch Fortschritte. Die Freude kommt eben auch mit dem Können. Die vortragenden Volkslieder fanden viel Beifall. Nicht vergessen sei auch der Sänger des Abends, Herr Otto Braker, der mit Orchesterbegleitung ein Lied vom Molekwein mit vollkommener Stimme vortrug und damit verdienten Beifall erntete. Den schönsten Dank darf aber Herr Amerbacher für sich buchen. Ein äußerst zufriedenes Publikum verließ mit dem Wunsch auf ein baldiges Wiedersehen erst gegen 11 Uhr die unterhaltende Stätte.

Karlsruher Gerichtsfälle

Das Motorrad im Altrhein

Erst vor einiger Zeit waren die jetzt aus der Haft vorgeführten Angeklagten „auf Besuch“ im Gerichtssaal. Ein 23jähriger Schlosser und ein 22jähriger Schreiner aus Darzlingen. Ihnen haben es die Motorräder angetan. Obwohl beide arbeitslos sind, haben sie doch ihr Motorrad. Es fehlt aber noch manches daran und deshalb jagen sie die lebenden Stübe an anderen Käufern. Als vor einiger Zeit der Zirkus Krone in Karlsruhe auftrug, meinte der Schreiner zu dem eben aus dem Gefängnis entlassenen Schlosser, man müßte sich doch einmal ansehen, vielleicht läme auch sonst dabei etwas heraus. Mit zwei geliebten Fahrern fuhren sie dann auf den Neckar, saßen sich den Zirkus zunächst mal von außen an, interessierten sich dann aber vor allem für die auf den Parkplätzen aufgestellten neuen Maschinen. Eine noch nicht ganz bezahlte „Herkules“ fanden sie nicht übel. Probeweise liehen sie dieselbe auch mal laufen — die Maschine war in Ordnung. Da sie nun gerade unter einer Laterne stand, schlug der eine vor, sie nach Hause zu nehmen, man kann dort ruhiger „arbeiten“. Der eine fuhr kurzentschlossen mit der Maschine davon und kam dann „postwendend“ mit der Straßenbahn wieder auf den Neckar zu seinem Freund, der dort Schmiere fand. Weil es nicht ganz sauber war, ging ins Eilemoo noch heute an die Arbeit. Mit Schraubenziehern und Engländern wurde abmontiert, u. a. der Sattel des Sotus. Die Nähmaschine und was die beiden sonst noch brauchen konnten, sein sorgfältig verpackt in eine Kiste mit dem abmontierten Motorrad wurde nicht moßten. Der eine schlug vor, damit in die Stadt zu fahren und es in irgend einer Straße stehen zu lassen, der andere war aber dafür, es in den Rhein zu werfen. Schon deshalb, weil man es da auch wieder holen kann. Schließlich war der Motor auch noch wert! In der Nacht schwammen zwei und drei Uhr konnte man bei der Brücke vor Rappenhof zwei Männer leuchten hören, dann ein helles Aufschlagen im Wasser, die Wellen spritzten hoch und der „Herkules“ war verschwunden. Aber wie so oft — die Diebe waren am Tatort unvorsichtig gemeldet. Abfichtlich hatte einer dem andern bei seinem Spitznamen „Pat“ gerufen, jemand hat das gehört und als man später den Pat suchte, kam man zunächst auf den Motorradliebhaber dieses Namens. Alles Leugnen half nichts. Einweilen verschwand der Schreiner für den Diebstahl 6 Monate, der andere fürs Schmierleihen auf 4 Monate hinter Schloss und Riegel. Eine harte Sache für das kurze Verhängen.

Ein Reichsbahnsekretär bestiehlt seinen Kollegen

Vor dem Karlsruher Schöffengericht wurde gestern ein nicht alltäglicher Fall verhandelt. Dort hatte sich ein 42jähriger Reichsbahnsekretär aus Karlsruhe wegen Diebstahl, schwerer Urkundenfälschung und Betrug zu verantworten. Außerdem noch wegen Waffennachbesitz. Der Angeklagte ist seit 1911 Beamter und seit dem Jahre 1922 bei der Reichsbahnverwaltung in Karlsruhe tätig. Abgesehen von einer geringfügigen Sache hat sich der Angeklagte noch nie etwas aufschreiben lassen. Am Samstag, 30. April lag er auf dem Siebstock seines Kollegen, mit dem er das Zimmer teilt, dessen Schließung liegen. Ohne Überlegung hatte er dieses zu sich und nahm hinter zwei Formulare davon heraus und steckte in eines den Namen Meier. Unterirdisch hat er dann die Schecks mit dem Namen Meier. Am selben Tag ging er dann mit einem dieser Schecks auf die Badische Beamtenbank, wo ihm ohne weitere Prüfung sofort 100 Mark ausbezahlt wurden. Einige Tage später nahm er dann auch das zweite Formular und hob sich die zweiten 100 Mark ab. Erst nach diesen Abhebungen und als diese dem Kollegen durch die Bank angezeigt wurden, merkte dieser den Verlust des Scheckbuchs. Nun setzten bei der Arbeitsstelle allerlei Untersuchungen ein. Die Kollegen mußten sich gründlich Hausaufgaben stellen lassen. Als der Angeklagte davon hörte, wollte er das Scheckbuch verbrannt haben, aber es wurde abgelesen und eine Anzahl Fehlschneide gab er einer bekannten Frau zur sicheren Aufbewahrung. Zu dieser Frau hatte der Angeklagte nicht ganz einwandfreie Beziehungen und hat ihr nun dem gestohlenen Geld auch 70 Mark als Geburtstagsgeschenk übergeben. Bei der Verhandlung selbst geht es die Sache ein. Wohl will er glauben machen, daß er nicht weiß, wie er zu dem Scheckbuch und der ihm vorgeworfenen Tat gekommen ist. Mit einem Nettoein-

kommen von 307 Mark im Monat wäre er absolut nicht darauf angewiesen gewesen. Man geht deshalb nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Beziehungen zu dieser belagerten Frau Geld kosteten und deshalb er sich solches auf diese unehrliche Art erworben hätte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung und Bestohles gegen das Waffengesetz zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. In der Urteilsbegründung konnte man sich der Ansicht des Angeklagten, daß er nicht gewußt habe, wieso er das Geld genommen habe, nicht anschließen, vielmehr war man auch der Auffassung, daß als Morde die belagerte Frau anzusehen sei, der er ein Verbrechen machen wollte, um dem seine Frau nichts mißten dürfte. Zu bebauern ist vor allem die Familie, die in großes Angeld geraten kann, weil der verurteilte bei seiner Rechtfertigung vor dem Disziplinargericht nur schwer gegen seine Entlassung ankämpfen dürfte.

Der mißglückte „Pferdetransport“

Ein Mann hatte bei einem Bekannten, mit dem er in geschäftlichen Beziehungen stand, seit langer Zeit in dessen Stall sein Pferd stehen. Das war schon so lang, daß jener glaubte, das sei sein Pferd. Nun kam dem Manne plötzlich der Gedanke, das Pferd zu sich nach Hause zu nehmen und wählte dazu eine Zeit, wo der Bekannte nicht zu Hause war. Die anwesenden Knechte haben sich nicht einmal kriechend den Vorbereitungen des Mannes an, als sie aber sahen, daß es jenen ernst ist, sein eigenes Pferd fortzuführen, fielen die Knechte über den Mann her und wollten ihm gewaltsam hindern. Durch den Aufruhr wurde das Pferd auch noch mißhandelt. Mit Mühe und Not konnte man das Pferd halten, als dann aber von allen Seiten auf ihn eingeschlagen wurde, wehrte sich der Mann durch Treten. Mit dem Ruf: „Was Du wehrst Dich so noch!“ fielen die vier Knechte nun erst recht über ihn her, bis er schließlich Hülferufen auf dem Boden lag. So überzeugt von ihrer Notwehr, sperrten die vier dann den Mann noch in den Hof ein und wollten die Polizei holen. Man machte kurzen Prozeß. Jeder bekam einen Strafzettel von 15 \mathcal{M} . Das war für diese Leute wirklich milde, aber sie glauben sich nun mal in ihrem Recht und letzten Berufung ein, so daß der Fall vor das Gericht kam. Bei dem Richter kamen sie aber schon an, der hatte wenig Verständnis für diesen angeblichen Eigentumsstreit und erhöhte die Strafen beträchtlich. Dazu kam noch die Anklage wegen Freiheitsberaubung. Zusammen bekam nun der Haupttäter eine Gefängnisstrafe von 70 \mathcal{M} , der zweite eine solche von 80 \mathcal{M} und der dritte eine von 55 \mathcal{M} . Nur der eine, der keine 15 \mathcal{M} angenommen hat, kam mit einem blauen Auge davon.

Große Kopfbogen — kleine Firma

Beim Einzelrichter wurde gegen einen 35jährigen Kaufmann wegen einer Reihe von Verträgen verhandelt, die nimmermehr mehr als 4 Jahre zurückliegen. Als er im Jahre 1928 von Südbadern auf den Wunsch seiner Frau zurückkehrte, konnte er nur sehr schwer Arbeit finden. Er verfuhr es als Reisender und mit Vertretungen und kam so in die Autorange. Als Reisender war er für eine Karlsruher Firma tätig, bis ihm eines Tages der Gebante kam, eine eigene Firma zu eröffnen. Der Gebante war für ihn verlockend, aber es fehlten die Mittel. Als er schließlich einen Teilhaber gefunden hatte, brachte dieser doch keine zweifelhafte Rentennisse als Einlage mit in die Firma und beteiligte sich später dann in der Form am Gewinn, doch er waren auf eigene Rechnung zu kaufen, die aber die Firma bezahlen sollte. Mit seiner Abneigung gegen Zahlungen fand er übrigens nicht allein. Auch die Firma machte sich daraus nichts. Vor allem fand sie Gefallen an großen Kopfbogen, auf denen die Generalvertretungen und Bankverbindungen aufgedruckt waren, so daß auch die frühesten Lieferungen sahm wurden. Aber das war auch die ganze Firma und ihr Vermögen. Als einmal eine Lieferfirma sagte, etwas unter Nachnahme zu senden, schrieb die selbste Firma mit den wohnlichen Briefbögen dieser Firma einen hochmütigen Brief und die Sache klärte wieder, bis doch eines Tages der Zusammenbruch kam. Rund 15000 Mark werden jetzt eingekassiert. Als die Lage für den Angeklagten im Jahre 1930 gar zu brenzlich wurde, laute er seiner Bekannten „Ab“ und ging ins Ausland, begleitet von einem Zahlungsbüro und einem Siedbrief. Dem Gericht schrieb er noch einen letzten Brief vor seinem Abschied, indem er erklärte, daß er lieber Reisender und Arbeiter erziehen will, als sich in Deutschland herumzuernden. Vorerst muß er aber seine lieben Wachen abhaken.

(-) Ein Schiffsjäger. Auf ein 60jähriges Erdenwallen kam heute Herr Maschinenarbeiter Emil Siebler (Schiffstätt) im Aufbesserungswert der Reichsbahn zurück. Dem „Geburtsort“ das seit Jahrzehnten Abonnement des Volksfreund ist, bestmöglichste Glückwünsche!

Achtung! Erwerbslose! Achtung!

Vom A.D.G.B., Ortsausschuß Karlsruhe, und dem Afa-Bund, Ortsamt Karlsruhe, wurde ein Erwerbslosen-Ausschuß gebildet. Zweck und Aufgabe dieses Ausschusses ist: 1. Die Betreuung der Erwerbslosen in allen einschlägigen Fragen, speziell in solchen der Arbeitslosenversicherung. 2. Der Ausschuss erteilt unentgeltlich Auskünfte, übernimmt Vertretungen vor den Spruchauschüssen, der Spruchkammer sowie vor sonstigen Verwaltungsbehörden. Das Büro des Ausschusses befindet sich im Volkshaus, Schützenstraße 16, Vorderhaus 2. Stad. Sprechstunden täglich von 10 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr. Der Erwerbslosen-Ausschuß Karlsruhe.

Im Sommer häufen sich die Schlangenbisse

In der warmen Jahreszeit tritt die Gefahr des Schlangenbisses wieder in den Vordergrund, und zwar kommt bei uns nur die Kreuzotter in Betracht. Die Kreuzotter bevorzugt Heides- und Moorregionen. Man findet sie namentlich in Heidekraut und Moos und auch unter Heidebeerkraut. Beerenstämme und Reute, die berufsmäßig Wald und Heide überherrschen, sind durchstreifen müssen, laufen somit am meisten Gefahr, gebissen zu werden. Ein fester Beerenstamm schützt aber im allgemeinen genügend vor dem Biss. Wer sich auf derartigen Schutzbau nicht verlassen kann oder der frampulösen Mode lübdigt, sei also beim Betreten von Wald und Heide außerhalb der festen Wege etwas vorsichtig. Im übrigen ist der sofort richtig behandelte Kreuzotterbiss nicht unbedingt lebensgefährlich. Unter allen Umständen müssen aber gebissene Personen nach Abbinden des verletzten Gliedes oberhalb der Wundstelle und womöglichst Auswaschen der Wunde sofort zum Arzt beschafft werden, der die nötigen Gegenmittel verabreicht und gegebenenfalls Giftschlangen-Serum anwenden kann. Man sei also im Wald immerhin vorsichtig, wenn man auch nicht übermäßig zu sein braucht.

Daxlanden

Werbeveranstaltung des Freien Athletik- und Sportvereins. Am Samstag und Sonntag veranstaltete der Freie Athletik- und Sportverein eine Werbeveranstaltung für den Arbeiterpost. Die beiden Veranstaltungen waren sehr erfolgreich. Am Samstag wurde am Sonntagabend ein Fußballspiel der U.S.-Mannschaft gegen die Daxlanden durchgeführt, das mancher jungen Mannschaft ein Vorbild sein dürfte. Der Freundschaftsspiel im Ringen der von den Mannschaften Mühlburg und Daxlanden ausgetragen wurde, war sehr gut besucht. Angeregt durch die Besucherzahl wurde der Kampf ziemlich heftig, aber trotzdem sehr kameradschaftlich. Das Ergebnis war 5:9 für Daxlanden. Für den Sonntag hatten wir einen unserer stärksten Gegner, „Mannheim-Rod“ im Ringen und Stemen für uns gewonnen. Das diesbezügliche gute Arbeitsergebnis waren, zeigte der kurze Besuch. Im Stemen brachte es die Mannschaft einen hochmütigen Brief und die Sache klärte wieder, bis doch eines Tages der Zusammenbruch kam. Rund 15000 Mark werden jetzt eingekassiert. Als die Lage für den Angeklagten im Jahre 1930 gar zu brenzlich wurde, laute er seiner Bekannten „Ab“ und ging ins Ausland, begleitet von einem Zahlungsbüro und einem Siedbrief. Dem Gericht schrieb er noch einen letzten Brief vor seinem Abschied, indem er erklärte, daß er lieber Reisender und Arbeiter erziehen will, als sich in Deutschland herumzuernden. Vorerst muß er aber seine lieben Wachen abhaken.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Donnerstagabend 19 1/2 Uhr wichtige Versammlung in der Stadtschule. Straßenoberte haben für zeitliches Erscheinen zu sorgen.

